

# genug für alle!

Europaweite Demo gegen Sozialkahlschlag am 3. April 2004

attac 

*Von Politikern und Medien wird uns eingeredet „die Kassen des Staates und seiner Sozialeinrichtungen sind leer, jeder muss den Gürtel enger schnallen!“*

## Wer hat die Kassen geleert?

Die geleerten öffentlichen Kassen sind kein Naturereignis. Die Regierenden haben es so gewollt und haben es deshalb politisch zu verantworten. Das Resultat dieser zielgerichteten Steuer- Finanz- und Wirtschaftspolitik ist Umverteilung von unten nach oben, Umverteilung aus öffentlichen Händen in private Taschen.

Die Bundesregierung verzichtet auf Steuereinnahmen in Milliardenhöhe. Kapitalgesellschaften und Erbschaften werden kaum, große Vermögen überhaupt nicht besteuert. Durch diese Steuergeschenke für die da oben wurden die Staatseinnahmen aus Gewinnen und Vermögen seit 1980 – von Kohl bis Schröder – halbiert!

Mit dem Berliner Bankenskandal werden die Steuerzahler der Stadt zusätzlich von korrupten Politikern und der Bankgesellschaft ausgeplündert: Allein durch das sogenannte Risikoabschirmungsgesetz hat sich das mit bereits 52,2 Milliarden Euro verschuldete Berlin eine Last von weiteren 21,6 Milliarden Euro für Garantieansprüche aufgehaldt.

## Wer soll dafür zahlen?

**Die Armen.**

**Die Arbeitslosen.**

**Die Rentner.**

**Die Kranken.**

**Die Studierenden und Auszubildenden.**

**Die Sozialhilfeempfänger.**

**Die Alleinerziehenden.**

**Die Arbeiter, Angestellten und Beamten.**

**Die Kitas, Schulen und Hochschulen.**

**Die Agenda 2010 ist der größte Angriff auf den Sozialstaat seit Bestehen der Bundesrepublik. Folgende Maßnahmen sollen umgesetzt werden.** Zum Beispiel:

- Reduzierung der Arbeitslosenhilfe als Arbeitslosengeld II (ALG II) auf Sozialhilfeniveau;
- Verringerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf 12 Monate im Normalfall;
- Verschärfung der Zumutbarkeit;
- Verstärkung der Altersarmut durch Kürzung der Rentenbeiträge bei ALG II;
- Steigende Belastung bei Krankheit, u. a.: Brille und Zahnersatz müssen vollständig selbst bezahlt werden, 10 Euro Eintrittsgebühr beim Arzt, Krankentransport mit Taxi entfällt, Zuzahlungen für Medikamente wurden erhöht, Notarztbesuche kosten 10 Euro extra, bei Rehaaufenthalt 10 Euro Zuzahlung pro Tag.

## Müssen wir uns das gefallen lassen?

**Am 3. April demonstrieren europaweit Millionen Menschen gegen den neoliberalen Sozialabbau! Seid dabei!**

# Gehirnwäsche *oder* Wie Begriffe einen neuen Inhalt bekommen

## das Brockhaus-Lexikon

(alte europäische Bildung):

**Reform** (lat.- frz.), Verbesserung, planmäßige Umgestaltung.

**Sozialstaat**, ein Staat, der durch seine handelnden Organe Mitverantwortung für den Ausgleich sozialer Gegensätze zw. versch. Bevölkerungsteilen übernimmt. Er ist damit auch um die Förderung der Wohlfahrt bemüht. Die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zum Sozialstaat in der Form des sozialen Rechtsstaats (Art. 20, 28 GG). Während die Grundwerte des Rechtsstaats Leben, Freiheit und Eigentum sind, sind die Grundwerte des Sozialstaats Existenzsicherung, Vollbeschäftigung und der Erhalt der Arbeitskraft.

**Solidarität** (lat.-frz.), Zusammengehörigkeitsgefühl, Gemeinsinn, wechselseitige Verbundenheit der Mitglieder einer Gruppe.

**Arbeitslosenhilfe**, ... Anspruch auf Arbeitslosenhilfe haben bedürftige Arbeitslose, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben.

**Sozialhilfe**, früher öffentliche Fürsorge, die organisierte öffentliche Hilfe zur Beseitigung bestehender und drohender Notlagen des einzelnen als Teil des Gesamtsystems der sozialen Sicherung ... Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der **Würde des Menschen** entspricht. Die Sozialhilfe umfasst Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen.

**Steuer** (ahd. stiura, Stützung) die, Mz. Steuern, nach § 3 Abs.1 der Abgabenordnung (AO) der Bundesrepublik Deutschland: Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft. ...

*Ein Flugblatt der Projektgruppe  
Agenda 2010 von Attac-Berlin.*

V.i.S.d.P: Peter Burau,  
Zossener Straße 50, 10961 Berlin

**attac** 

## die Agenda 2010/die Hartz-Papiere

(Schröders Eliten-Bildung)

**Reform** (Agenda), Streichliste der Kommunen im Sozialbereich, Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Verlängerung der Arbeitszeit, Heraufsetzung des Rentenalters, Absenkung der Renten; durch „Sachzwänge“ angeblich bedingt. Besser: neoliberale Gegenreform.

**Sozialstaat**, moderner (Agenda-Hartz). Die öffentliche Anprangerung von „**Faulenzern**“, „**Schmarotzern**“, „**Trittbrettfahrern**“ hat Dauerkonjunktur und schafft sich selbst (siehe auch „leere Kassen“ und „Sparzwänge“), den fruchtbaren Boden, auf den sie dann praktischerweise fällt. Freiheit „heute“ meint bedingte, gebundene verpflichtende Freiheit. Freiheit wird heute auf „Flexibilität“ und „Eigenverantwortung“ reduziert: die Zauberformeln des „neuen/modernen“ Sozialstaats. Hier finden sich: Ich-AG, Niedriglohnjobs, neue Zumutbarkeiten ... Wer von dieser neuen „Freiheit“ nicht den „richtigen“ Gebrauch macht, sich weigert, wird wegen schlechter Führung mit Leistungsentzug, Verhaltenskontrolle und/oder Arbeitszwang bestraft.

**Solidarität** (Agenda-Hartz). Kommt in der klassischen Form des Wortes nicht mehr vor. Dafür gibt es – diskriminierende – Wortschöpfungen, wie „**Einbahnstraßensolidarität**“, „**Besitzstandswahrer**“, „**Solidaritätsmissbrauch**“. Die „**Allianz der Tüchtigen**“ wird in den Gegensatz zu Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern gestellt. Es sind Begriffe der Ellenbogengesellschaft. Sie sollen Solidarität zerstören.

**Arbeitslosengeld II** (Agenda-Hartz). Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe zum ALG II. Die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe soll 3,5 Mrd. Euro erbringen. Das Einkommen von rund 1,7 Mio. Menschen in rund 900 000 Haushalten, die bisher Arbeitslosenhilfe beziehen, wird schlagartig auf Sozialhilfeniveau gedrückt. Die Anzahl der Menschen, die mit Sozialhilfe bzw. ALG II – in Höhe von 315 Euro (Ost) oder 345 Euro (West) – auskommen müssen, wird damit von 2,8 auf 4,5 Mio. erhöht. Die ehem. *Hilfe in besonderen Lebenslagen* entfällt. ALG II-Empfänger müssen nach der „Zumutbarkeitsregelung“ jeden legalen Job annehmen. Zumutbarkeit liegt bei 5–6 Euro Stundenlohn.

**Steuerreform** (Agenda-Hartz). Der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer soll von 48,5 % auf 42 % gesenkt werden. Davon profitieren Besserverdienende. Am unteren Ende der Steuertabelle wird weit aus schwächer entlastet. Die Steuerreform wird von der Bundesregierung damit begründet, für die Unternehmen „Standortvorteile“ zu schaffen. Tatsächlich hat Deutschland aber schon heute die zweitniedrigste Steuerquote der 10 größten Industrieländer (!). Steuerverzicht und -geschenke engen die sozialen Handlungsmöglichkeiten des Staates ein. Sie sind Ursache der Verarmung der Kommunen und des Sozialkahlschlags. Attac fordert die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme auf der Basis der gesamten Wertschöpfung, also durch Arbeits- und Kapitaleinkommen.

**Freiheit und soziale Sicherheit sind keine Gegensätze,  
sondern bedingen einander.**

**Europäischer Aktionstag gegen Sozialabbau am 3. April 2004**

Vorbereitungstreffen der Attac-Projektgruppe Agenda 2010 jeden 1., 2., 4., Dienstag in der Humboldt-Universität (Seminargebäude), Berlin-Mitte, Dorotheenstraße